



MANAGERKREIS  
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

# Neue wirtschaftliche Dynamik für Mitteldeutschland

Acht Handlungsempfehlungen des Managerkreises Ost  
der Friedrich-Ebert-Stiftung



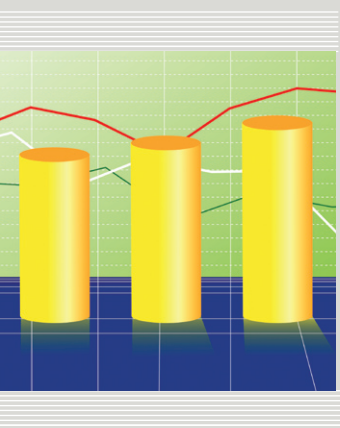
Autoren:

Helmut Herdt  
Michael Clobes  
Frank Krätzschar  
Elmar Heisterkamp

unter Mitarbeit von  
Dr. Max Brändle

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

[www.managerkreis.de](http://www.managerkreis.de)



## Impressum

ISBN: 978-3-86872-141-6

Herausgeber:  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Stabsabteilung

Autoren:  
Helmut Herdt, Michael Clobes, Frank Krätzschar, Elmar Heisterkamp  
unter Mitarbeit von Dr. Max Brändle, [Max.Braendle@fes.de](mailto:Max.Braendle@fes.de)

Redaktion:  
Sina Dürrenfeldt, Martin Gey

Copyright 2009 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Umschlag + Layout:  
Werbestudio Zum Weissen Roessl, Susanne Noé  
Druck:  
BUB, Bonner Universitäts-Buchdruckerei

1. Auflage: 1.500

Printed in Germany 2009

# **Neue wirtschaftliche Dynamik für Mitteldeutschland**

**Acht Handlungsempfehlungen  
des Managerkreises Ost  
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Autoren:

Helmut Herdt  
Michael Clobes  
Frank Krätzschmar  
Elmar Heisterkamp

unter Mitarbeit von  
Dr. Max Brändle

# Inhalt

|                                                                                                       |           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Einleitung</b>                                                                                     | <b>5</b>  |
| <b>Analyse und Bestandsaufnahme</b>                                                                   | <b>6</b>  |
| 1. Wirtschaftsentwicklung                                                                             | 6         |
| 2. Arbeitsmarktentwicklung                                                                            | 9         |
| 3. Demographische Entwicklung                                                                         | 11        |
| 4. Finanzielle Rahmenbedingungen der Länder                                                           | 13        |
| <b>Handlungsempfehlungen für den weiteren wirtschaftlichen Ausbau<br/>Mitteldeutschlands</b>          | <b>15</b> |
| 1. Die finanziellen Rahmenbedingungen sichern<br>und für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau nutzen! | 15        |
| 2. Investitionsförderung konzentrieren und nachhaltig einsetzen!                                      | 15        |
| 3. Innovationen voranbringen – Forschung und Entwicklung verstärken!                                  | 16        |
| 4. Standortbedingungen weiter verbessern –<br>wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen!                 | 16        |
| 5. Kapitalversorgung des Mittelstandes verbessern –<br>Zugang zu frischem Kapital ermöglichen!        | 17        |
| 6. Existenzgründungen fördern – dem Mittelstand neue Impulse geben!                                   | 17        |
| 7. Familiengerechte Rahmenbedingungen schaffen –<br>der Abwanderung offensiv begegnen!                | 18        |
| 8. Fachkräftemangel abwenden – jungen Menschen Chancen bieten!                                        | 18        |
| <b>Fazit</b>                                                                                          | <b>19</b> |

# Einleitung

2009 jährt sich der Fall der Mauer zum 20. Mal. Ein solches Jubiläum ist ein guter Anlass für eine wirtschaftliche Bestandsaufnahme. Im Vordergrund steht dabei die Frage, inwieweit die Deutsche Einheit wirtschaftlich verwirklicht wurde. Je nach Standpunkt des Betrachters kann man dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Einigkeit besteht allerdings darin, dass sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten das Gesicht der Wirtschaft in Ostdeutschland grundlegend positiv verändert hat. Aus einer veralteten und im internationalen Maßstab nicht wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft haben sich moderne Strukturen herausgebildet.

Das, was bisher als „Aufbau Ost“ bezeichnet wurde, ist vor allem eine große Leistung der Menschen im Osten. Es ist aber auch eine gesamtdeutsche und europäische Leistung, denn die Mittel aus dem Solidarpakt und den EU-Strukturfonds haben entscheidend geholfen, eine entwicklungsfähige Wirtschaftsstruktur aufzubauen.

Die wirtschaftlichen Daten der vergangenen Jahre sind in Ostdeutschland geprägt von einem deutlichen Wachstum der Wirtschaft und insbesondere des Verarbeitenden Gewerbes, einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer erheblichen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Ostdeutschland verfügt über eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur, eine gut aufgestellte öffentliche Forschungslandschaft, motiviertes und gut ausgebildetes Humankapital sowie attraktive und lebenswerte Städte. Es ist in den letzten Jahren gelungen, an alte Potenziale anzuknüpfen, vorhandene Kompetenzen aufzugreifen und neue Wirtschaftsbereiche anzusiedeln. Vor allem das hohe Industriewachstum der vergangenen Jahre macht deutlich, dass Ostdeutschland inzwischen Standortvorteile im internationalen Wettbewerb der Regionen aufweist und diese auch nutzt. Damit ist für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung eine gute Grundlage gelegt, die aber noch beständig weiter entwickelt werden muss.

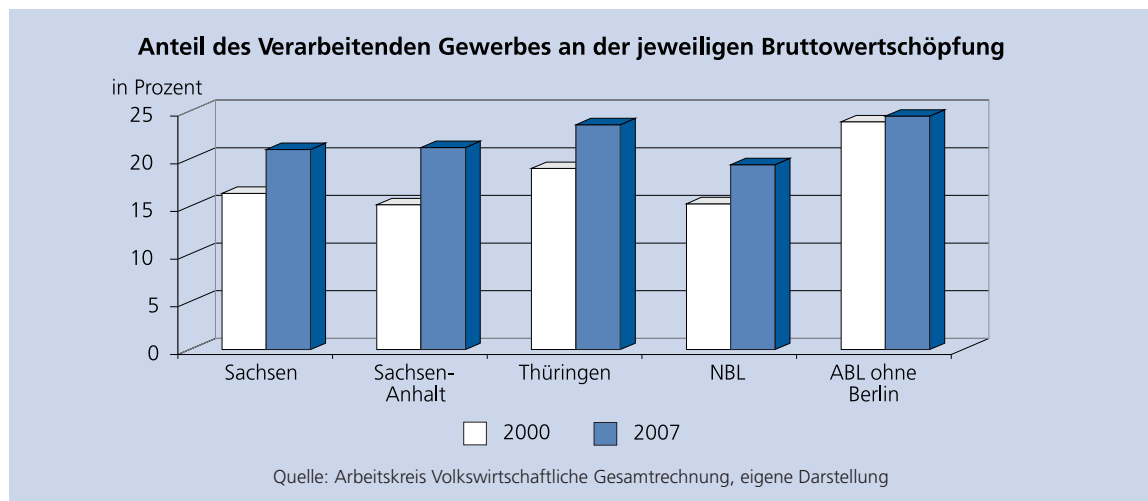
Gerade in der aktuellen schweren Wirtschaftskrise muss alles dafür getan werden, dass die bisher erreichten Erfolge nicht zunichte gemacht werden. Auch wenn es so scheint, als würde der Osten Deutschlands aufgrund seiner kleinteiligeren Wirtschaftsstruktur und seiner immer noch geringeren außenwirtschaftlichen Verflechtungen den globalen Krisenstürmen besser trotzen, ist klar: Der Osten ist keine Insel. Er ist abhängig davon, dass die Wirtschaft wächst – national wie global. Umgekehrt kann die Wirtschaft in Deutschland nichts weniger gebrauchen, als eine schwache Wirtschaft in Ostdeutschland.

Für eine weiter positive Entwicklung brauchen wir Antworten auf die großen Herausforderungen, vor denen Ostdeutschland steht. Das Ziel nachhaltig ausgeglichener öffentlicher Haushalte darf auch in Krisenzeiten nicht aufgegeben werden. Wir brauchen einen intelligenten Umgang mit den Folgen der demographischen Entwicklung. Wir müssen die Dynamik der wirtschaftlichen Selbstentfaltungskräfte weiter stärken. Und wir brauchen eine bessere Schulbildung und gut ausgestattete Universitäten, um den Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu decken. Wenn es gelingt, die richtigen Antworten zu geben, wird Ostdeutschland nicht nur wirtschaftlich weiter vorankommen, sondern es wird auch ein Beitrag dazu sein, dass die Verwirklichung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands – bei aller Vielfältigkeit der Lebensverhältnisse – weiter vorankommt.

# Analyse und Bestandsaufnahme

## 1. Wirtschaftsentwicklung

Die Wirtschaft in Mitteldeutschland ist in den letzten Jahren dynamisch gewachsen. Im Zeitraum von 2000 bis 2008 legte das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen um 15,7 Prozent, in Sachsen-Anhalt um 10,5 Prozent und in Thüringen um 13,1 Prozent zu. Damit lagen alle drei Länder über dem Bundesdurchschnitt von 10,1 Prozent.<sup>1</sup> Besonders dynamisch hat sich dabei das Industriewachstum in Ostdeutschland vollzogen.<sup>2</sup> Damit kommt der Ausbau einer wettbewerbsfähigen industriellen Basis weiter voran. Während noch im Jahre 2000 der Anteil der Wertschöpfung der Industrie an der gesamten Wertschöpfung in Ostdeutschland bei 15,3 Prozent lag, ist er bis 2007 auf 19,4 Prozent gestiegen. Das ist zwar immer noch weniger als der Anteil der Industrie in den alten Ländern (23,9 Prozent), zeigt aber deutlich, dass es kontinuierlich aufwärts geht.<sup>3</sup>



Die Industrie in den mitteldeutschen Ländern wächst mit beachtlichen Raten; die industrielle Basis muss aber noch weiter ausgebaut werden. Insgesamt bedarf es einer neuen Dynamik an Unternehmensgründungen und einer Stärkung des Unternehmertums. In den letzten Jahren ist die Zahl der Gewerbeanmeldungen in einem Jahr in Sachsen stabil geblieben (2000 und 2008 rund 39.500), in Thüringen und Sachsen-Anhalt aber zurückgegangen (in Thüringen von knapp 21.000 auf 18.000 und in Sachsen-Anhalt von knapp 20.000 auf rd. 17.000).<sup>4</sup> Die Gründung neuer Unternehmen und die Erweiterung bestehender hängen oftmals auch vom Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten ab. Zwar realisierten die ostdeutschen Mittelständler auch 2007 eine höhere Eigenkapitalquote als die westdeutschen (16 Prozent in Ostdeutschland und 14,2 Prozent in Westdeutschland), allerdings ist die Eigenkapitalquote der Unternehmen in Deutschland insgesamt im internationalen Vergleich zu niedrig.<sup>5</sup> Es stellt sich daher für die Zukunft die Aufgabe, die Versorgung der Unternehmen – und hier insbesondere der

<sup>1</sup> Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

<sup>2</sup> Bei bestimmten Wirtschaftsdaten wird im Folgenden auf die gesamten ostdeutschen Bundesländer Bezug genommen, gleichwohl zeigen die vergleichbaren Daten die gleiche Tendenz bzw. Entwicklung in den drei mitteldeutschen Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

<sup>3</sup> ebd.

<sup>4</sup> Statistische Landesämter Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

<sup>5</sup> Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Diagnose Mittelstand 2009

kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – mit Eigenkapital zu verbessern. Es geht dabei nicht um die Forderung nach einer Aufhebung des Risikomanagements, sondern darum, verbesserte Zugangsmöglichkeiten für KMU zu frischem Kapital zu schaffen. Gerade für junge und innovative Unternehmen, die weder über eine angemessene Eigenkapitalquote, noch in der Anfangsphase über relevante Gewinne verfügen, ist die Lösung dieser Frage von entscheidender Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um die Frage des Zugangs zu Krediten, sondern auch um die Frage alternativer Finanzierungswege wie Wagniskapital und Beteiligungen.

Neben der noch zu geringen Industriedichte ist festzustellen, dass die Unternehmen häufig noch zu klein und in Folge dessen zu stark auf regionale und inländische Märkte ausgerichtet sind. Von den 100 größten Unternehmen Deutschlands hat keines seinen Sitz in Ostdeutschland.<sup>6</sup> Die strategischen Entscheidungen fallen damit meist an anderer Stelle.

Trotz erheblicher Investitionen in den letzten Jahren insbesondere in die öffentliche Forschungsinfrastruktur besteht ein Defizit an Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. Von den 55,7 Mrd. Euro, die in Deutschland im Jahr 2005 insgesamt für Forschung und Entwicklung (FuE) aufgewendet wurden, entfielen auf die neuen Länder und Berlin rund 7,4 Mrd. Euro. Das entspricht 13,3 Prozent. Der Bevölkerungszahl entsprechend müssten es jedoch rund 20 Prozent sein.<sup>7</sup> Bei den von der Wirtschaft in Deutschland für FuE ausgegebenen Mitteln entfallen auf Ostdeutschland sogar nur 4,3 Prozent.<sup>8</sup>

Vor allem das in der Forschung und Entwicklung tätige Personal ist ein wichtiger Faktor für die Produkt- und Prozessinnovationen. Gerade an diesem mangelt es aber der Wirtschaft in Ostdeutschland. Nur 9,7 Prozent des in der Wirtschaft beschäftigten FuE-Personals ist in den neuen Ländern und Berlin tätig. Besser sieht es hingegen an den Hochschulen aus, die mit FuE-Personal überdurchschnittlich gut ausgestattet sind. Ein knappes Viertel (23,6 Prozent) aller FuE-Beschäftigten der Hochschulen ist in den neuen Ländern und Berlin tätig.<sup>9</sup>

Allerdings ist die anwendungsbezogene Forschung, die zu marktfähigen Produkten führt, nicht in erster Linie Aufgabe der Hochschulen, sondern der Wirtschaft. Notwendig ist also eine Strategie, die Unternehmen in die Lage versetzt, mehr Geld in Forschung und Entwicklung zu investieren. Gerade deshalb kommt insbesondere für Ostdeutschland der Netzwerk- und Clusterbildung eine immer größere Bedeutung zu. Aufgrund der geringen Industriedichte und der kleinen Betriebsgrößen ist die Vernetzung und die Kooperation von Unternehmen untereinander und mit Forschungseinrichtungen eine wichtige Voraussetzung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Cluster bieten den beteiligten Unternehmen ein größeres Potenzial an qualifizierten Fachkräften, sie fördern den Wissensaustausch zwischen den Partnern und sie können helfen, die Kosten für Innovation, Forschung und Entwicklung zu senken oder diese überhaupt erst möglich zu machen.

Die Politik ist daher gefordert, diesen Prozess der Clusterbildung aktiv zu unterstützen. Hierzu zählen die Förderung von Clusterinitiativen und -projekten und die konsequente Ausrichtung der Innovationspolitik an den Erfordernissen der Cluster. Voraussetzung für erfolgreiche Clusterbildung ist, dass bereits Potenziale, mithin eine kritische Masse an Unternehmen und Einrichtungen aus dem Bereich Forschung und Entwicklung, vorhanden sind. Der Prozess kann zwar durch die Politik aktiv begleitet und gefördert werden – die Initiative kann aber nur von den Unternehmen selbst ausgehen.

---

<sup>6</sup> Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Pressemitteilung 38 / 2008

<sup>7</sup> Bundesbericht Forschung und Innovation 2008

<sup>8</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: „Wirtschaftliche Zukunftsfelder in Ostdeutschland“, Februar 2008

<sup>9</sup> Bundesbericht Forschung und Innovation 2008

Die Initiierung dieser Vernetzungsprozesse funktioniert in den mitteldeutschen Ländern sehr gut und hat mit dazu beigetragen, dass sich funktionierende Netzwerke oder Cluster gebildet haben, die eine Ausstrahlungskraft über die Region hinaus haben. Das spricht für die guten Rahmenbedingungen und das wirtschaftliche Potenzial der Region. Beispielhaft zu nennen sind die Cluster Chemie / Kunststoffe, Automotive sowie das Solar-Cluster.

Als bereits etabliertes Cluster in Mitteldeutschland kann der Bereich Chemie / Kunststoffe gelten. Hier hat sich ein leistungsfähiger Unternehmenssektor mit einer großen Dichte an Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette herausgebildet. Die Branche beschäftigt in rund 750 Unternehmen mehr als 75.000 Menschen. Durch die Chemieparks konnte ein hoher Vernetzungs- und Organisationsgrad der Unternehmen erreicht werden, der die Clusterbildung deutlich vereinfachte.

Das Cluster Automotive gilt ebenfalls – trotz der akuten Krise – als eine Schlüsselbranche des Verarbeitenden Gewerbes. Die Automobil- und Zuliefererbranche zählt mit rund 1.200 Betrieben und rund 130.000 Beschäftigten zu den wichtigsten Arbeitgebern und ist eine der Stützen der Reindustrialisierung Mitteldeutschlands. Mit der Ansiedlung von VW in Dresden, Mosel / Zwickau und Chemnitz, von Opel in Eisenach sowie von Porsche und BMW in Leipzig und dem Aufbau von bedeutenden Forschungseinrichtungen besteht die Chance, ein zukunftsfähiges Automotive-Cluster zu etablieren. Angesichts der technologischen Herausforderungen, der sich diese Branche stellen muss, ist ein solches funktionierendes Cluster von besonderer Bedeutung.

Besonders dynamisch hat sich die Solarbranche in den mitteldeutschen Ländern entwickelt. Sie ist inzwischen zu einem der wichtigsten Industriezweige mit hohem Innovationspotenzial im mitteldeutschen Raum, schwerpunktmäßig in den Regionen Bitterfeld / Wolfen, Dresden / Freiberg und Erfurt / Arnstadt, geworden. Die wichtigsten Akteure im Bereich der Photovoltaik entlang der gesamten Wertschöpfungskette von der Forschung und Entwicklung bis zum vermarktungsfähigen Produkt haben ihren Sitz in Mitteldeutschland. Hier werden nahezu 90 Prozent der in Deutschland insgesamt produzierten Solarzellen hergestellt. Die Zahl der Mitarbeiter ist dabei in den letzten Jahren konstant gestiegen. In der ostdeutschen Solarindustrie sind aktuell mehr als 7.000 Personen beschäftigt. Schätzungen gehen davon aus, dass bis 2015 weitere 15.000 Arbeitsplätze hinzukommen werden.

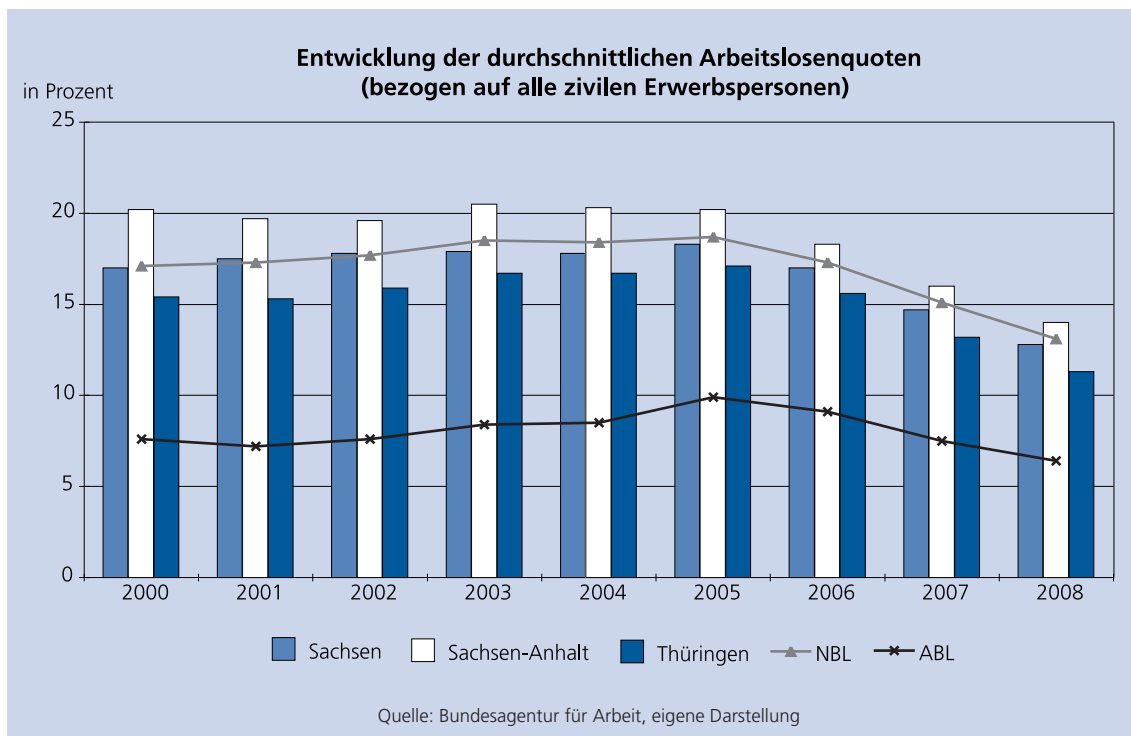
Als besonders positives Beispiel für eine fruchtbare Zusammenarbeit aller Akteure kann die erfolgreiche Bewerbung der Branche beim Spitzenclusterwettbewerb der Bundesregierung gelten. Die Initiative „Solarvalley Mitteldeutschland“ gehört zu den fünf Finalisten, die insgesamt 200 Mio. Euro Fördermittel erhalten. In diesem länderübergreifenden Cluster kooperieren 27 Solarfirmen und 12 Forschungseinrichtungen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Spitzenposition der mitteldeutschen Solarbranche auszubauen.

Insbesondere der Aufbau eines neuen Wirtschaftsbereiches wie der Solarindustrie macht deutlich, dass die Ansiedlungs- und Produktionsbedingungen in den mitteldeutschen Ländern hervorragend sind. Seit der Wiedervereinigung ist der Ausbau der Infrastruktur massiv und erfolgreich vorangetrieben worden. Die drei mitteldeutschen Länder liegen nicht nur im Herzen Europas sondern verfügen über gute Verkehrsverbindungen insbesondere auch in die mittel- und osteuropäischen Länder. Im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur gibt es allerdings in einigen ländlichen Regionen, aber auch größeren Städten Probleme mit dem Ausbau der Breitbandversorgung. Schnelle Internetzugänge sind allerdings nicht nur Teil einer modernen Kommunikationsstruktur, sondern Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen. Die Bundesregierung hat bereits ein Maßnahmenpaket zur flächendeckenden Einführung von Breitbandanschlüssen auf den Weg gebracht. Jetzt muss es um die rasche Umsetzung in den Ländern gehen.



## 2. Arbeitsmarktentwicklung

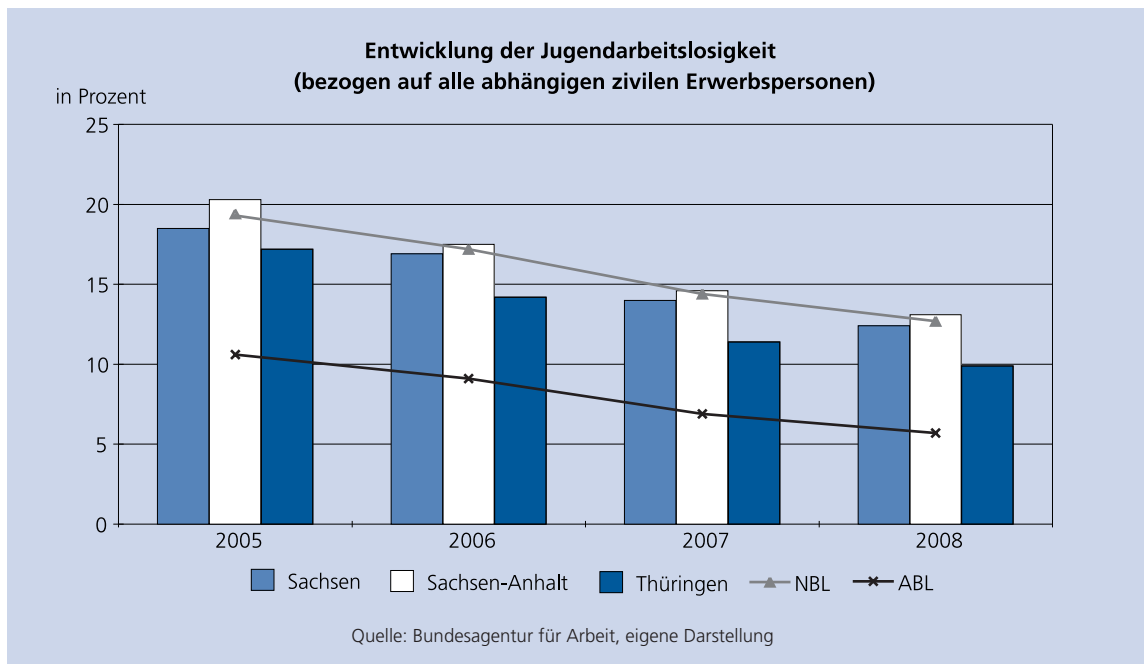
In den letzten Jahren konnte die Arbeitslosigkeit in Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Umbaus am Arbeitsmarkt signifikant gesenkt werden. Jetzt drohen die Arbeitslosenzahlen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder zu steigen. Dennoch wurde der Abstand der Arbeitslosenquoten in den letzten Jahren zwischen den neuen und den alten Ländern deutlich verringert. Betrug er im Jahr 2000 noch 9,5 Prozent, lag die Differenz 2008 bei 6,7 Prozent. Auch in der aktuellen Situation setzt sich dieser Trend fort.



Positiv zu bewerten ist vor allem, dass parallel zur rückläufigen Arbeitslosigkeit die Zahl der Erwerbstätigen ansteigt. In den mitteldeutschen Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hat die Zahl der Erwerbstätigen in den Jahren von 2005 bis 2008 zwischen 2,3 und 3,6 Prozent zugelegt. Damit liegen diese drei Länder zwar unter dem Bundesdurchschnitt von 3,9 Prozent, der in diesen Jahren erreicht werden konnte, aber es wird deutlich, dass das Phänomen des „Jobless Growth“, also einer wachsenden Wirtschaft, in der keine neuen Arbeitsplätze entstehen, so nicht zutrifft. Die Beschäftigungszahlen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe, dem wichtigsten Arbeitgeber, sind dabei proportional stärker (+2,0 Prozent) gestiegen, als in Westdeutschland (+0,6 Prozent).

Die gestiegene Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes zeigt sich auch daran, dass im Zuge der positiven konjunkturellen Entwicklung Problemgruppen wie die der Arbeitslosen über 55 Jahre, der Langzeitarbeitslosen oder der arbeitslosen Jugendlichen wieder verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. So ist die Arbeitslosigkeit der über 55-Jährigen in den drei mitteldeutschen Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den Jahren von 2005 bis 2008 zwischen 11,5 Prozent (Sachsen) und 17,4 Prozent (Sachsen-Anhalt) zurückgegangen. Insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit stellt eine besondere Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik dar. Mit steigender Dauer der Arbeitslosigkeit wird die Gefahr größer, dauerhaft ohne Beschäftigung zu bleiben. Das Qualifikationsniveau nimmt proportional zur Dauer der

Arbeitslosigkeit ab. Die so genannte „Arbeitsmarktferne“ und damit auch der Aufwand, die Betroffenen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wird immer größer. Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, dass auch die Langzeitarbeitslosigkeit gesenkt werden konnte. Im Vergleich zum Vorjahr sank sie 2008 in Thüringen um 15 Prozent, in Sachsen-Anhalt und Sachsen um jeweils rund 13,5 Prozent und bewegte sich damit im bundesdeutschen Durchschnitt.

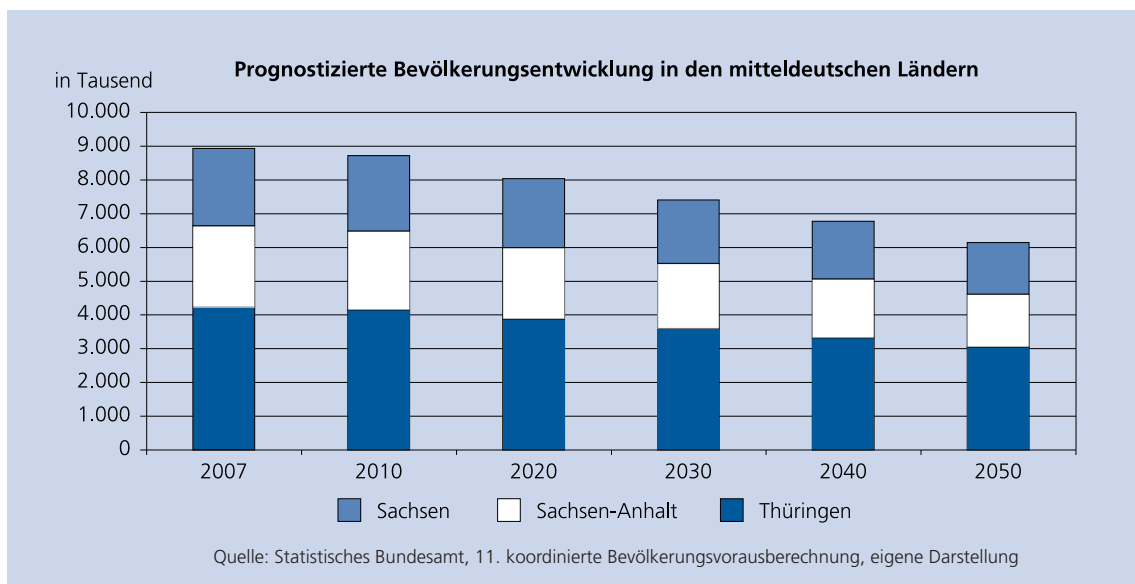


Auch der deutliche Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit ist positiv zu bewerten. Jugendliche stehen am Beginn ihres Erwerbslebens. Wenn der Eintritt in die Erwerbstätigkeit nicht gelingt, droht die Verstetigung der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus sind Jugendliche mobil. Ohne die Aussicht auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz in ihrer Heimatregion werden sie diese verlassen. Damit verliert die Region ihr wichtigstes Potenzial für die Zukunft. Angesichts des aufgrund der demographischen Entwicklung drohenden Fachkräftemangels ist es gerade auch für die Unternehmen von besonderer Bedeutung, den Jugendlichen eine Arbeitsmarktperspektive zu bieten. Für junge Menschen ist eine gute Ausbildung entscheidende Voraussetzung für den Einstieg in das Erwerbsleben. Für die Wirtschaft sind gut ausgebildete Fachkräfte eine Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg in der Zukunft.

Parallel zur Abnahme der Arbeitslosigkeit stieg das verfügbare Einkommen der Haushalte in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Je Einwohner standen in Sachsen im Jahr 2007 knapp 15.300 Euro, in Sachsen-Anhalt 14.600 Euro und in Thüringen 14.900 Euro zur Verfügung. Im Bundesdurchschnitt standen jedem Einwohner rund 18.400 Euro zur Verfügung. Im Vergleich zum Jahr 2000 legte das verfügbare Einkommen damit um knapp acht Prozent in Sachsen, drei Prozent in Sachsen-Anhalt und fast sechs Prozent in Thüringen zu.<sup>10</sup> Mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer zunehmenden Angleichung der Löhne und Gehälter wird sich auch die Einkommenssituation der Haushalte in Ostdeutschland verbessern. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um die Attraktivität der Region für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern.

### 3. Demographische Entwicklung

Der langfristige demographische Wandel ist ein Trend, der ganz Deutschland spätestens ab 2025 erfassen wird, der im Osten aber – bei aller regionalen Differenzierung – schon jetzt wie unter einem Brennglas zu beobachten ist. Infolge von Abwanderung und Geburtenknick sind bereits die Auswirkungen in den Unternehmen schmerzhaft spürbar: Fachkräftemangel, eine sinkende Zahl ausbildungsfähiger und -williger Jugendlicher und die Alterung der Belegschaften stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen. Die ostdeutschen Länder (ohne Berlin) haben in den letzten acht Jahren über 700.000 Einwohner verloren. Dies ist das Ergebnis eines anhaltend hohen negativen Wanderungssaldos und des Geburtenrückgangs seit Anfang der 1990er Jahre. Verschärft wird die gegenwärtige und zukünftige Bevölkerungsentwicklung durch einen in der Vergangenheit besonders negativen Wanderungssaldo junger und zudem gut qualifizierter Frauen. Diese so genannten „Echoeffekte“ sind mit ein Grund für den weiteren prognostizierten Bevölkerungsrückgang in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen um über 30 Prozent bis 2050.



Der Trend scheint eindeutig. Dies entbindet alle Akteure jedoch nicht davon, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um in den kommenden Jahrzehnten eine Trendwende zu erreichen. Allerdings wird es innerhalb Ostdeutschlands durchaus zu differenzierten Entwicklungen in den Regionen kommen. Die Attraktivität der Städte und der starken Regionen wird dazu führen, dass sie – vor allem auf Kosten der ländlichen Regionen – den demographischen Wandel besser bewältigen werden. Schon heute zählen Dresden, Leipzig, Jena, Magdeburg und Erfurt zu den Zuzugsregionen.<sup>11</sup> Das heißt aber auch, dass sich die ostdeutsche Metropolregion im Standortwettbewerb um die besten Köpfe mit den Großräumen München, Hamburg, Stuttgart und Köln befinden. In diesem müssen sie bestehen, um langfristig Fachkräfte zu halten, Zuwanderung zu generieren, die Produktivität der Wirtschaft zu steigern und Innovationen hervorzubringen. Mitteldeutschland muss dabei sein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Die urbanen Zentren zeichnen sich durch eine hohe Lebensqualität aus. Der Stadumbau Ost hat dazu beigetragen, Städte als funktionsfähige und attraktive Wirtschafts- und Wohnungsstandorte zu erhalten und die Innenstädte zu stärken. Und nicht zuletzt auf-

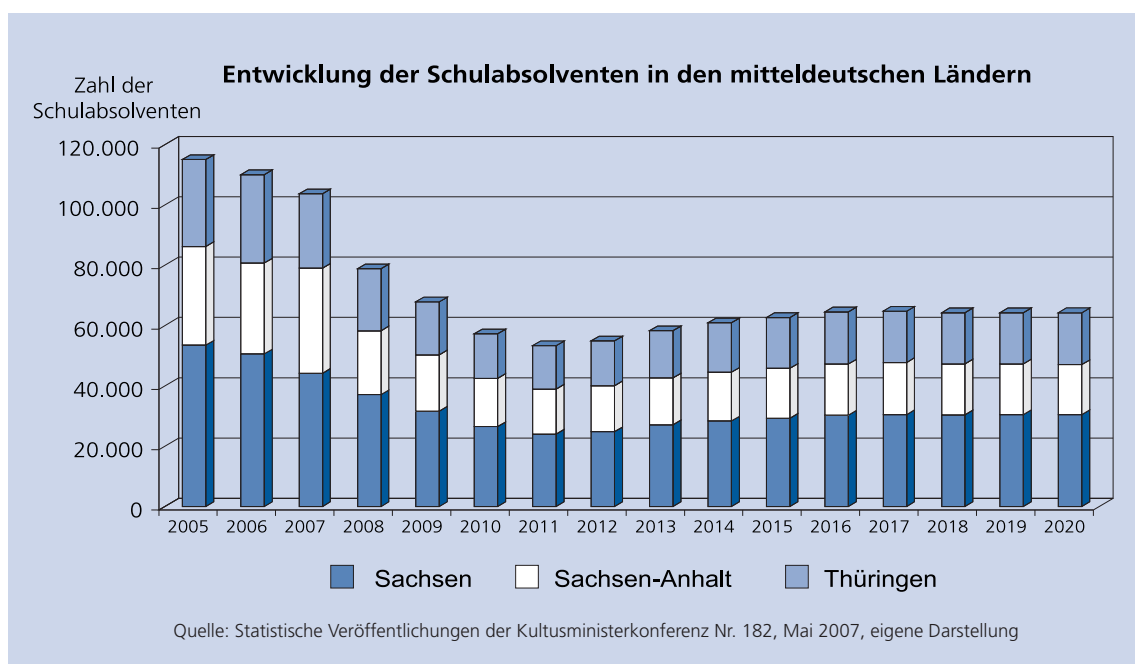
<sup>11</sup> vgl. Institut für Wirtschaftsforschung Halle, „Wirtschaft im Wandel“, Nr. 10 / 2008

grund der hervorragenden Kinderbetreuungssituation in den mitteldeutschen Ländern besteht die Chance, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Für die wirtschaftliche Perspektive der mitteldeutschen Länder besonders bedeutsam ist – neben dem absoluten Bevölkerungsrückgang – die Alterung der Bevölkerung. So sinkt das Erwerbspersonenpotenzial in den kommenden Jahren deutlich. Immer weniger junge Menschen stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und die Beschäftigten werden immer älter. Bis 2020 verlieren die mitteldeutschen Länder rund 850.000 erwerbsfähige Personen im Alter von 20 bis 65 Jahre. Damit sinkt dieser Anteil der Bevölkerung mit 15,6 Prozent deutlich stärker als die Einwohnerzahl insgesamt, die um rund 10 Prozent zurückgeht.<sup>12</sup> In der Folge steigt nicht nur der Anteil der Rentner an der Bevölkerung, sondern es steigt auch das Durchschnittsalter des Erwerbspersonenpotenzials. Die Unternehmen müssen sich damit zukünftig auf immer weniger und immer ältere Arbeitskräfte einstellen.

Die Folgen dieser Entwicklung sind auf verschiedenen Ebenen spürbar. Aufgrund der sinkenden Zahl der Arbeitskräfte wird sich das Wirtschaftswachstum absolut und je Einwohner verringern. Die Zahl der Unternehmensgründungen dürfte aufgrund negativer Nachfrageeffekte, aber auch, weil die eher „gründungswilligen Jungen“ weniger werden, sinken. Darüber hinaus kann eine veränderte Belegschaftsstruktur aufgrund der Tatsache, dass nicht genügend junge Fachkräfte nachrücken, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen gefährden. Die Unternehmen sind aber auf entsprechende Produktivitätsfortschritte, die sich aus Innovationen ergeben, angewiesen, um ihre Wettbewerbsposition weiter zu verbessern. Hier besteht also erheblicher Handlungsbedarf.

Der Fachkräftemangel ist schon heute in vielen Branchen spürbar. Bedingt durch den deutlichen Rückgang der Schulabgänger in den letzten Jahren, droht die Gefahr, dass das zukünftige Arbeitskräfteangebot nicht mehr den betrieblichen Bedarf deckt. Im Jahr 2020 verlassen im Vergleich zum Jahr 2005 rund 40 Prozent weniger Schülerinnen und Schüler in den ostdeutschen Ländern die Schulen.



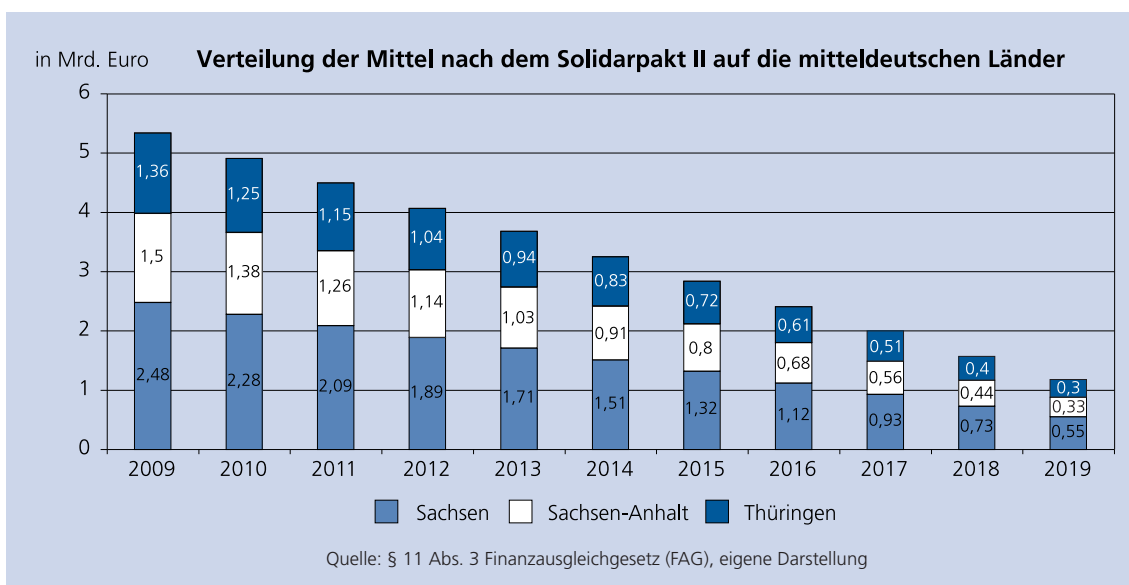
Weitere Bevölkerungsrückgänge können sich die mitteldeutschen Länder allerdings nicht leisten, zumal es gerade die „Jungen“ sind, die fehlen werden. Im Gegenteil: Die ostdeutschen Länder werden in Zukunft noch stärker auf Zuwanderung angewiesen sein. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen für gut qualifizierte junge Menschen zu schaffen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen.

Attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen sind aber nicht nur für Berufsanfänger wichtig, damit diese nicht abwandern, sondern auch, um beschäftigte Fachkräfte zu halten. Darüber hinaus muss zukünftig die Beschäftigungsquote älterer Beschäftigter in den Betrieben weiter erhöht werden, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Viel zu oft liegt der erhebliche Wissens- und Erfahrungsschatz Älterer brach. Durch eine Veränderung der Arbeitsorganisation und eine fortwährende Qualifizierung können Ältere länger und mit hohen Produktivitätsraten im Unternehmen gehalten werden.

#### 4. Finanzielle Rahmenbedingungen der Länder

Zum Ausgleich der strukturellen Nachteile und zur Schließung der Infrastrukturlücke erfahren die ostdeutschen Länder finanzielle Hilfen vom Bund und der Europäischen Union (EU), die allerdings in den nächsten Jahren auslaufen bzw. sich deutlich verringern werden. Dies stellt die Länderhaushalte vor große Herausforderungen. Die besondere Bedeutung der Zuweisungen wird unter anderem daran deutlich, dass im Jahr 2007 die Solidarpaktmittel durchschnittlich zu rund 20 Prozent der bereinigten Einnahmen der ostdeutschen Länder beigetragen haben. Ihre degressive Anlage verschärft daher die Situation der öffentlichen Haushalte. Und dies umso mehr, da die durchschnittliche Steuerdeckungsquote, also das Verhältnis der Steuereinnahmen zu den bereinigten Ausgaben in Ostdeutschland bei rund 55 Prozent liegt, während der Anteil in den alten Ländern etwa 80 Prozent beträgt.<sup>13</sup>

Die mitteldeutschen Länder können in den nächsten 10 Jahren (2009 – 2019) über insgesamt 35,75 Mrd. Euro aus dem Solidarpakt II verfügen. Allerdings nehmen die jährlich zur Verfügung stehenden Mittel, beginnend mit dem Jahr 2009, rasch ab. Sind es in diesem Jahr noch 5,34 Mrd. Euro, stehen 2012 noch rund 4 Mrd. Euro und 2017 noch 2 Mrd. Euro zur Verfügung.



<sup>13</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008“

Auch die Mittel aus der EU-Förderung sind bereits leicht gesunken und werden weiter abnehmen. Standen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in der EU-Strukturfondsförderperiode 2000 bis 2006 11,7 Mrd. Euro zur Verfügung,<sup>14</sup> fördert die Europäische Union die mitteldeutschen Länder in der laufenden Förderperiode (2007 – 2013) mit rund 11,1 Mrd. Euro.<sup>15</sup> Nach Auslaufen der Förderperiode 2013 werden die Mittel – ein weiteres wirtschaftliches Wachstum vorausgesetzt – deutlich sinken. Schon heute sind daher Verhandlungen auf allen politischen Ebenen notwendig, um eine Anschlussförderung zu ermöglichen, die auch in Zukunft Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung und den Infrastrukturausbau ermöglicht.

Die Landeshaushalte stehen aber nicht nur aufgrund der degressiven Bundeszuweisungen und der zurückgehenden EU-Förderung in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Auch die angesichts der demographischen Entwicklung zu erwartenden rückläufigen Steuereinnahmen und die Belastungen aus der Verschuldung verschärfen die Situation der Landeshaushalte. Darüber hinaus ist aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise mit zusätzlichen Belastungen für die Landeshaushalte zu rechnen. Diese resultieren aus Steuermindereinnahmen bei gleichzeitig höheren Ausgaben.

Ein Problem der Länder auf der Einnahmeseite ist die geringe Steuerautonomie. Hinzu kommt, dass in den ostdeutschen Ländern auf absehbare Zeit die Steuereinnahmen je Einwohner – aufgrund der nach wie vor angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt und der Wirtschaftsstruktur – im Vergleich zu den alten Ländern unterdurchschnittlich bleiben werden. Die wichtigste Einnahmequelle der Länder bleiben aber die Steuern. Sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wachstum der Wirtschaft und damit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Um auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben und Freiräume für eine gestaltende Politik zu schaffen, sind weitere Anstrengungen für die Stärkung der Wirtschaftskraft notwendig. Zugleich müssen die bisherigen Konsolidierungsbemühungen fortgesetzt werden. Gerade in den Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise stehen die öffentlichen Haushalte unter massivem Druck. Das Ziel ausgeglichener Haushalte darf dennoch nicht aufgegeben werden.

Die degressive Ausgestaltung des Solidarpaktes II und die relativ langen Übergangszeiträume bei den europäischen Strukturfonds bieten jedoch Planungssicherheit und zwingen die Länder schon heute zur Auseinandersetzung mit der Frage, wie und wofür die künftig zur Verfügung stehenden finanziellen Spielräume für Investitionen genutzt werden sollen. Dies erfordert auch eine Schwerpunkt- und Prioritätensetzung. Das ist in der politischen Auseinandersetzung ein schwieriger Prozess, erscheint aber aus der Sicht der Wirtschaft unabdingbar.

---

<sup>14</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, „EU-Strukturförderung 2000-2006“

<sup>15</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, „Nationaler Strategischer Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds“, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, „Nationaler Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007-2013“

# Handlungsempfehlungen für den weiteren wirtschaftlichen Ausbau Mitteldeutschlands

## 1. Die finanziellen Rahmenbedingungen sichern und für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau nutzen!

Die kleinteilige Wirtschaftsstruktur in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist in der aktuellen schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht von Nachteil. Im Gegenteil: Die Unternehmen können flexibel reagieren und sind aufgrund ihrer geringen außenwirtschaftlichen Verflechtung von der Krise weniger stark betroffen. Für die Zukunft ist aber auch klar: Nur durch die Ansiedlung weiterer großer, strukturbestimmender und den Ausbau bzw. die Erweiterung bestehender Unternehmen kann sich eine starke und selbsttragende Wirtschaft in den mitteldeutschen Ländern entwickeln.

Dafür ist es wichtig, die Mittel für die Investitionsförderung in Ostdeutschland auch für die nächsten Jahre sicherzustellen. Die Verlängerung der Investitionszulage über das Jahr 2009 hinaus war dabei ein wichtiger Schritt.

Diskussionen über die Abschaffung des Solidaritätszuschlages, wie sie derzeit geführt werden, kommen zur Unzeit. Gerade in diesen schwierigen finanzpolitischen Zeiten ist der Staat auf Einnahmen angewiesen, um seine Aufgaben, zu denen explizit die Förderung von Wachstum und Beschäftigung gehört, erfüllen zu können.

Als wichtigstes und effektivstes regionales Förderinstrument hat sich die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) etabliert. Es ist nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Verlässlichkeit und der Planungssicherheit für Unternehmen von besonderer Bedeutung, dass sie auf hohem Niveau fortgeführt wird. Darüber hinaus müssen sich die ostdeutschen Länder bereits jetzt in den Diskussionsprozess über eine Anschlussregelung nach dem Auslaufen der EU-Strukturfondsförderung im Jahr 2013 einschalten. Zu starke Verluste bei den Strukturfondsmitteln drohen die bisher erreichten Erfolge bei der Neustrukturierung der Wirtschaft in Ostdeutschland zu gefährden.

## 2. Investitionsförderung konzentrieren und nachhaltig einsetzen!

Es ist aber nicht nur wichtig, die Gesamtsumme der zur Verfügung stehenden Investitionsmittel auf hohem Niveau zu sichern. Sondern es geht insbesondere darum, die Mittel zielgenau dort einzusetzen, wo sie langfristig den größten Nutzen bringen. Hierzu müssen die regionalen Stärken identifiziert und gezielt ausgebaut werden. Dies kann nur gemeinsam mit den regionalen Akteuren vor Ort geschehen. Gerade die Vernetzung der Verantwortlichen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung vor Ort bietet die Chance, eine neue Aufbruchstimmung zu erzeugen.

Die Wirtschaftsförderung muss sich zukünftig noch stärker auf die regionalen Entwicklungsperspektiven und die regionalen Wirtschaftskerne konzentrieren. Die Befürchtung, aufgrund der Konzentration der Wirtschaftsförderung käme die Ansiedlung neuer Unternehmen oder die Erweiterung bestehender Unternehmen

in den ländlichen oder peripheren Regionen zum Erliegen, ist unbegründet. In allen Regionen Mitteldeutschlands existieren schon allein aufgrund der unterschiedlichen Standortbedingungen funktionierende Branchen und wirtschaftliche Netzwerke. Entscheidend ist es, die strukturschwächeren Regionen funktional an die Wachstumsregionen anzubinden.

Ebenso unbegründet ist die Sorge, dass die Konzentration der Wirtschaftsfördermittel zu einer Benachteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen führt. Es geht nicht darum, „Elefanten zu füttern“, sondern zukunftsfähige wirtschaftliche Kerne zu identifizieren und zu entwickeln, deren Bestandteil natürlich vor allem kleine und mittlere Unternehmen sind. Die Förderung der überregional orientierten Wirtschaft bringt positive Effekte auch für das binnenmarktorientierte Gewerbe und die wirtschaftsnahen Dienstleistungen mit sich.

Um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben und auf die Herausforderungen flexibel reagieren zu können, braucht die Wirtschaft in den drei mitteldeutschen Ländern die Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsförderung. Eine bessere Zusammenarbeit der mitteldeutschen Länder untereinander ist daher dringend geboten.

### 3. Innovationen voranbringen – Forschung und Entwicklung verstärken!

Eine Grundvoraussetzung für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung in den mitteldeutschen Ländern ist die Verbesserung der Produktivität. Hier konnte in den letzten Jahren viel erreicht werden, aber es gibt noch deutliches Potenzial zur Steigerung des Produktivitätsniveaus. Die Länder müssen daher ihre Anstrengungen zur Förderung von Forschung und Entwicklung verstärken.

Sie sollten dabei noch intensiver als bisher auf die Förderung von Clusterinitiativen und -projekten setzen. Aufgrund der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur mangelt es insbesondere in Ostdeutschland an betrieblicher Forschung und Entwicklung. Für die kleinen und mittleren Unternehmen sind die Gemeinschafts- und Verbundvorhaben daher eine Chance, ihre Größennachteile auszugleichen und gemeinsam mit anderen Firmen und Wissenschaftseinrichtungen entlang der Wertschöpfungskette ihre Innovationsfähigkeit zu verbessern. Die vorhandenen Clusterpotenziale müssen bei der Wirtschaftsförderung viel stärker als bisher ins Blickfeld rücken.

### 4. Standortbedingungen weiter verbessern – wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen!

Die weitere Verbesserung der Standortbedingungen für die Wirtschaft ist ein entscheidender Baustein in der Ansiedlungspolitik. Angesichts der zurückgehenden Finanzmittel und vor dem Hintergrund des bereits Erreichten ist es deshalb notwendig, vorrangig wirtschaftsnahe Infrastrukturinvestitionen zu fördern, die sich an den konkreten wirtschaftlichen Erfordernissen orientieren. Insbesondere bei der Neuausweisung von großflächigen Industriegebieten an überregionalen Verkehrsachsen und so genannten „Premiumstandorten“ besteht noch immer Bedarf.

Zu optimalen Standortbedingungen zählt insbesondere auch die flächendeckende Versorgung mit schnellen Breitbandanschlüssen. Sie sind für die Wirtschaft häufig mindestens ebenso wichtig wie die verkehrstechnische Anbindung. Noch immer sind aber zahlreiche, insbesondere ländliche Regionen und auch städtische



Gebiete in den drei mitteldeutschen Ländern unterversorgt. Die Breitbandstrategie der Bundesregierung muss deshalb schnell und umfassend in den Regionen umgesetzt werden. Hierzu sind einheitliche Ansprechpartner zu benennen, die die notwendigen Aktivitäten von Behörden und Industrie koordinieren und vorantreiben.

## 5. Kapitalversorgung des Mittelstandes verbessern – Zugang zu frischem Kapital ermöglichen!

Mit der Stärkung der Eigenkapitalausstattung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen erhöht sich deren Risikotragfähigkeit, was gerade in der Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise von besonderer Bedeutung ist, um auch Konjunkturdellen durchstehen zu können. Wenn nicht ausreichend Eigenkapital in den Unternehmen gebildet werden kann, muss es von außen zugeführt werden. Zur Wachstumsfinanzierung, aber auch zur kurzzeitigen Überbrückung von Zahlungsproblemen ist es daher unabdingbar, dass der Zugang der Unternehmen zu frischem Kapital verbessert wird. Hierbei geht es nicht nur um die klassischen Bankdarlehen, sondern auch um die Versorgung mit Risikokapital und die Beteiligungsfinanzierung. Hierzu müssen effektive Strukturen geschaffen werden, um Unternehmen und Existenzgründern einfacher als bisher den Zugang zu Wagniskapital zu ermöglichen.

Vor allem für junge und kleine Unternehmen sind Darlehen und alternative Finanzierungswege von besonderer Bedeutung. Es sollten deshalb die Möglichkeiten verbessert werden, Mikrokredite zu günstigen Konditionen vor allem in der Anfangsphase einer Unternehmensgründung zur Verfügung zu stellen.

Eine besondere Unterstützung sollte es für die Gründung technologieorientierter Unternehmen geben. In diesem Bereich, wie auch im Bereich der Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, liegt ein erhebliches Potenzial, das durch zusätzliche Förderprogramme erschlossen werden sollte. Eine selektive Förderung von Existenzgründungen mit dem Schwerpunkt auf technologieorientierten Gründungen wäre daher sinnvoll.

## 6. Existenzgründungen fördern – dem Mittelstand neue Impulse geben!

Um die Zahl der Unternehmen in den mitteldeutschen Ländern zu erhöhen, sind eine offensive Ansiedlungsstrategie und das Werben um Investitionen vonnöten. Darüber hinaus muss die Unternehmensbasis aber auch durch eine größere Zahl von Unternehmensgründungen verbreitert werden. Gerade am Anfang benötigen Existenzgründer verstärkt Unterstützung und betriebswirtschaftliche Beratung. Darüber hinaus erscheint es notwendig, die bürokratischen Anforderungen an Existenzgründer so gering wie möglich zu halten. Die hohe Flexibilität der kleinen und mittleren Unternehmen hilft ihnen derzeit, durch die wirtschaftliche Krise zu steuern. Viel zu oft wird diese Flexibilität aber durch unnötige Bürokratie eingeschränkt. Der Mittelstand muss deshalb durch die Deregulierung und Rücknahme von Vorschriften weiter entlastet werden.

Wir brauchen darüber hinaus insgesamt eine neue Wertschätzung von Unternehmertum und eine Verbesserung der Kultur der Selbständigkeit. Gerade in diesen für die Wirtschaft schwierigen Zeiten, in denen das Fehlverhalten einiger zu einer kritischen Allgemeinstimmung gegenüber der Gesamtheit der Unternehmer und Manager geführt hat, muss betont werden, dass der Großteil der Unternehmerinnen und Unternehmer – zumal der kleinen und mittleren – zu Unrecht gescholten wird.

## 7. Familiengerechte Rahmenbedingungen schaffen – der Abwanderung offensiv begegnen!

Der Bevölkerungsrückgang und die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind die Folgen von Wanderungsverlusten und einer anhaltend niedrigen Geburtenrate. Dieser Prozess ist nicht kurzfristig umkehrbar. Die Länder haben aber die Chance, durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen den Prozess aktiv zu verlangsamen. Dies ist auch Voraussetzung dafür, dass die wirtschaftlichen Effekte von Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft in Grenzen gehalten werden können. Ziel muss es sein, langfristig wieder eine positive Bevölkerungsentwicklung zu erreichen und Zuwanderung zu generieren.

Das kann nur mit einer starken wirtschaftlichen Basis und guten beruflichen Perspektiven für die Menschen gelingen. Um den demographischen Wandel erfolgreich zu gestalten, bedarf es darüber hinaus einer Verbesserung der Einkommensperspektiven. Junge Menschen brauchen Perspektiven für Ausbildung, Beruf und Erwerbseinkommen und damit gute Gründe zum Hierbleiben und Anpacken. Eine Niedriglohnstrategie ist keine geeignete Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft.

Der Kampf der Wirtschaft um die Köpfe wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Notwendig sind daher eine integrierte Familienpolitik, die als Querschnittsaufgabe von Politik und Wirtschaft wahrgenommen wird und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es Eltern erlaubt, Familien- und Berufsleben miteinander zu vereinbaren.

## 8. Fachkräftemangel abwenden – jungen Menschen Chancen bieten!

Die demographische Entwicklung wird dazu führen, dass sich die Lücke zwischen Ausbildungsbewerbern und der Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze verkleinert. Das bietet die Chance, mehr Jugendliche in der Region zu halten und die Abwanderung gerade junger Menschen zu bremsen. Die Wirtschaft braucht gut ausgebildete Fachkräfte, auch um den drohenden Fachkräftemangel aufgrund des Ausscheidens Älterer und der geringeren Zahl jüngerer Nachrücker abwenden zu können.

Die ausreichende Versorgung mit Fachkräften ist ein entscheidendes Argument für die Ansiedlungen neuer und die Erweiterung bestehender Firmen. Der Entwicklung der Humanressourcen muss deshalb eine zentrale Bedeutung zukommen. Die Aus- und Weiterbildungsaktivitäten sind noch stärker als bisher auf die Anforderungen der überregional agierenden Unternehmen auszurichten.

Die Qualität der Ausbildung muss auf allen Ebenen – von der Schule bis zum Betrieb – verbessert werden und sich stärker am zukünftigen Bedarf der Unternehmen ausrichten. Zur Verbesserung der Qualität der schulischen Ausbildung gehört auch eine kritische Prüfung der Inhalte der Lehrpläne. Benötigt wird eine stärkere Modularisierung und Flexibilisierung der Ausbildung. Aufgrund der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur sind Unternehmen häufig nicht in der Lage, allein für ihren eigenen Bedarf auszubilden. Die Schaffung und Förderung von Ausbildungsverbünden ist daher eine zentrale Aufgabe der Ausbildungspolitik.

Wegen des anhaltenden Strukturwandels hin zur Wissens- und Informationsgesellschaft ist mittelfristig mit einem erhöhten Bedarf an Akademikern zu rechnen. Um diesen Bedarf zu decken, ist es unabdingbar, die Zahl der Hochschulabsolventen zu stabilisieren. Darüber hinaus muss die Praxistauglichkeit des Studiums weiter erhöht werden, indem Fachhochschulen ausgebaut und duale Studiengänge gestärkt werden.

## Fazit

Der wirtschaftliche Strukturwandel hat die mitteldeutschen Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen seit dem Fall der Mauer vor große Herausforderungen gestellt. Auch wenn es in vielen Bereichen, und hier insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, noch erhebliche Probleme gibt, ist festzustellen, dass die drei Länder auf einem guten Weg sind, die noch vorhandenen Probleme zu bewältigen. Andere Herausforderungen, wie zum Beispiel die demographische Entwicklung, vollziehen sich in Ostdeutschland eher und zum Teil auch intensiver als in den alten Ländern. Deshalb müssen hier auch früher die richtigen Antworten gegeben werden. Es ist schon lange nicht mehr so, dass der „Aufbau Ost“ einen „Nachbau West“ bedeutet. Im Gegenteil. Insbesondere in der Bewältigung der vielschichtigen Probleme, die die Schrumpfung und gleichzeitige Alterung der Bevölkerung mit sich bringen, wird der Westen vom Osten lernen können.

In den letzten Jahren ist die Basis dafür gelegt worden, dass Mitteldeutschland dem Ziel, einer der innovativsten und wettbewerbsfähigsten Regionen Deutschlands zu werden, näher kommt. Jetzt darf bei den Anstrengungen nicht nachgelassen werden. Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise werden auch die Investitionen wieder zunehmen. Es ist daher notwendig, die finanziellen Rahmenbedingungen hierfür langfristig zu sichern und die Mittel zugleich konzentriert und nachhaltig einzusetzen. Die Stärkung von Bildung, Forschung und Entwicklung ist dabei ebenso von Bedeutung wie die Verbesserung der Standortbedingungen, der Zugang von Unternehmen zu frischem Kapital und der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Um auf die demographische Entwicklung und ihre Folgen angemessen zu reagieren, müssen familiengerechte Rahmenbedingungen geschaffen und die Perspektiven zum „Hierbleiben“ verbessert werden. Gerade junge Menschen brauchen neue Chancen in Ausbildung und Beruf. Nur so lässt sich mittelfristig auch das Problem des Fachkräftemangels lösen.

Die mitteldeutschen Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen brauchen vor allem eine selbsttragende Wirtschaft und einen Arbeitsmarkt, der guten Perspektiven bietet. Der Osten insgesamt braucht gerade in diesen schwierigen gesamtwirtschaftlichen Zeiten einen neuen Schub für den weiteren Ausbau der Wirtschaft und neue wirtschaftliche Dynamik.

**THESENPAPIERE DES MANAGERKREISES:**

**Bildung macht reich**, Juni 2009

**Mittelstandsfinanzierung in Zeiten der Krise**, April 2009

**Europäische Industriepolitik - Zwischen Wettbewerb und Interventionismus**, April 2009

**Wege aus der Krise: Zukunfts- und Konjunkturpaket des Managerkreises**, Februar 2009

**Arbeitswelt 2030**, Oktober 2008

**Wachstum und Gesundheit - Chancengleichheit, Wettbewerb und Konsumentensouveränität**, Juni 2008

Diese und weitere Thesenpapiere finden Sie zum Download auf:

**[www.managerkreis.de](http://www.managerkreis.de)**

ISBN: 978-3-86872-141-6